

Aus Anlass der Diskussion mit der „Proletarischen Plattform“

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein“,
so heißt es auf der Homepage der Proletarischen Plattform.

Als ich die kritischen Anmerkungen zum Bochumer Programm las, dachte ich, dass die Befreiung nur das Werk der Delegierten der Arbeiter sein könne. ;-)

Doch Spaß beiseite. Ich habe mir spontan ein paar Gedanken gemacht, die ich Euch hier aufschreibe.

1. Es existiert kein durch erfolgreiche Praxis bestätigter Weg sozialer Revolution und Emanzipation
2. Im Gegensatz zur Pariser Kommune reflektiert unser Programmvorschlag keinen großen und bedeutenden neuen revolutionären Versuch. Es resultiert lediglich aus theoretischer Überlegung und praktischer Erfahrung/Einschätzung einiger weniger Personen.
3. Aus meiner Sicht geht es um eine programmatische Richtungsentscheidung, die in der linken bzw. ihren radikalen Flügeln neu getroffen werden muss. Möglicherweise gelingt es in absehbarer Zeit eine solche Debatte zu führen. Gut stehen die Chancen aber aus meiner Sicht nicht. Es muss unbedingt etwas Neues entstehen, das sowohl die gescheiterten Versuche der Vergangenheit berücksichtigt, als auch den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen (Klassenwiderspruch, Stand der Produktivkräfte etc. von heute) Rechnung trägt.
4. Wir haben die zu lösenden Fragen nicht beantwortet, aber eine Richtung vorgegeben bzw. vorgeschlagen, in der die Lösung zu finden ist. Dabei spielt als Grundgedanken neben „sozialer Ein- und Vorsicht“ Selbstbestimmung in Selbstverwaltung eine zentrale Rolle. Nur auf diesem Weg kann der bürgerliche der besetzte Freiheitsbegriff genommen werden. (Das wahre Reich der Freiheit beginnt erst jenseits der notwendigen Arbeit usw.. Diese Freiheit setzt aber politischen Kampf gegen die politische Form der öffentlichen Gewalt voraus, der die „unpolitischen“ Formen schafft, in denen Aneignung vonstattengehen kann.)
5. Wenn Marx über die Praxis der Kommune spricht, dann spricht er vor allem über die Dekrete des aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Rates der Kommune. Wenn man von der Praxis des Bürgerkriegs einmal absieht, dann ist die Kommune ja leider nicht zu viel mehr gekommen.

Ich gehe davon aus, dass es auch künftig noch Delegation von Verantwortung geben muss und wird, also Räte gewählt werden. Die Frage ist, mit wie viel Entscheidungsmacht diese Räte ausgestattet werden und was in allgemeinen Abstimmungen auf „assambleas“ entschieden wird. Ein kleines spanisches Dorf mit wenig mehr als 2000 Einwohnern macht das ja. Alle wichtigen Entscheidungen werden auf den Assambleas von den Menschen entschieden, nicht vom gewählten Bürgermeister oder einem gewählten Rat.

<http://diefreiheitsliebe.de/reportage/das-wunder-von-marinaleda-vollbeschäftigung-im-sozialistischen-dorf>

Wie aber sollte das z.B. in einer Stadt wie Bochum mit ca. 300.000 Einwohnern möglich sein? Das wäre heute kein Problem. Man richtet ein kommunales Netzwerk ein, in das alle Haushalte eingebunden sind. Über dieses Netzwerk wird die Diskussion und Entscheidung organisiert. Alle wichtigen, die Mehrheit oder alle betreffenden Fragen werden so entschieden und nicht durch den Rat. Der Rat ist so eine Art „Administrator“, der dafür sorgt, dass die nötigen Informationen für die Entscheidung bereitgestellt werden und allen zugänglich sind. Er selbst trifft die Entscheidung, ob ein Theater geschlossen wird, eine Straße gebaut wird, etc. nicht!!

6. Die Leute wollen das gar nicht? Die Delegation ist eine notwendige und entlastende Sache? Richtig ist, dass die Leute in ihrer überwältigenden Mehrheit das heute nicht wollen. Sie

sind „unpolitisch“. Das soll die Politik machen, dafür wählen wir ja schließlich. Aber genau so ist soziale Emanzipation nicht möglich! Genau so kann „Sozialismus“ allenfalls von oben aufgenötigt werden. Wir beziehen uns auf die Leute - heute in den Kommunen zweifellos Minderheiten - die die Entscheidungen nicht dem Rat überlassen wollen ... zunächst, weil sie einzelne Entscheidungen des Rates nicht akzeptieren, weil sie gegen ihre Interessen sind. Unser vorrangiges Ziel ist es nicht, den bestehenden Rat durch einen anderen zu ersetzen, von dem man dann erwarten kann, dass er stets die Interessen der Menschen im Auge hat. Unser vorrangiges Ziel ist es nicht, einen besseren Rat zu erkämpfen, damit die Menschen sich dann wieder anderen Dingen zuwenden können, sich nicht mit lästigen Entscheidungen befassen, die diskutieren und entscheiden.

7. Revolutionärer Demokratismus strebte über die bloße Wahl von Delegierten hinaus. Die Pariser Kommune verlangte die Kontrolle der Delegierten, ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Kommune, den Einwohnern und ihre jederzeitige Absetzbarkeit. Wir können und müssen heute weiter gehen, wenn wir im Sinne der Kommune aktiv werden wollen. Durch die IT wachsen den Menschen heute in großem Umfang neue Möglichkeiten der Kommunikation und Entscheidung zu; lokal, national und weltweit. Diese lassen die alte „Vertretungsdemokratie“ immer häufiger als einen bürgerlichen Anachronismus erscheinen. Die jungen Leute, die in den letzten Jahren in den weltweiten demokratischen Bewegungen aktiv geworden sind, wollen unmittelbar selbst beraten und entscheiden. Es mögen heute noch wenige sein, sie mögen noch nicht die richtigen Formen gefunden haben, aber in diesen Bestrebungen liegen Keime sozialer Revolution.
Welchen Erfolg die „Piraten“ in Deutschland allein mit der Forderung nach Transparenz und direkter Beteiligung an Beratung und Entscheidung haben – wie schon anno tobac die Grünen und Alternativen, darin sehe ich einen deutlichen Hinweis, auf wie viel Sympathie das bereits heute stößt.
„Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter sein“ bedeutet eben heute, dass man über die Perspektive einer „Räterepublik“ hinaus denken und gehen muss. Kommunistische Bestrebungen müssen heute eine politische Form der sozialen Befreiung denken und anstreben, die über alternative „Vertretungorgane“ hinausgeht. Nur so wird es gelingen, den Bürgerlichen den für Revolution und soziale Emanzipation zentralen Begriff der Freiheit streitig zu machen.
Der Generalsekretär der freiheitlichsten aller freiheitlichen demokratischen Parteien (FDP) sieht in der basisdemokratischen Praxis der Piraten den „Terrorismus der Masse“ und fühlt sich bedroht. Dieser „Terrorismus der Masse“ wäre in der Tat eine tödliche Bedrohung für die bürgerliche Vertretungsdemokratie.
8. Revolutionärer Demokratismus bietet keine Gewähr für richtige Entscheidungen. Aber er ist die Voraussetzung dafür, dass möglichst viele richtige Entscheidungen getroffen werden; Entscheidungen, die sich die „Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht“ (Marx) zum Ziel setzen. Wenn das Verlangen sich in alles einzumischen, mitzuentcheiden. sich nicht unter der Mehrheit der LohnarbeiterInnen durchsetzt, dann gibt es keine Chance auf soziale Emanzipation, allenfalls die Chance auf einen „Sozialstaat“, an den man Forderungen stellt, um angemessen versorgt zu werden. Es gibt dann nicht einmal eine Chance zu einer erneuten „Bildung des Proletariats zur Klasse“.
9. Eine neue kommunistische Bewegung kann nur „von unten“ erwachsen, dass heißt aus Betrieb (Arbeitsplatz im weitesten Sinne) und Kommune, dort wo die Menschen zusammen arbeiten und leben. In beiden Bereichen bezweckt die soziale Revolution Selbstbestimmung durch Selbstverwaltung und in dieser Richtung muss die Auseinandersetzung aufgenommen werden. (Reform und Revolution).
10. „Kommunale Selbstregierung“, soweit man in der bürgerlichen Gesellschaft davon überhaupt sprechen kann, ist nur in Ansätzen durchsetzbar gegen den Zentralstaat. Der Streit

muss und wird aus meiner Sicht um die Steuern beginnen. Wer sie erhebt und wie sie verteilt werden. Ohne schroffe Auseinandersetzung mit dem auf die Kapitalinteressen ausgerichteten Zentralstaat werden die Kommunen immer weiter gegängelt und jeder Möglichkeit beraubt, elementare Versorgungen sicher zu stellen. Betriebe, die kommunale Versorgung sicherstellen (Nahverkehr, Wasserversorgung, Wohnungen etc.), müssen konsequent kommunalisiert werden und in Selbstverwaltung der LohnarbeiterInnen betrieben werden. Diese Selbstverwaltung muss uneingeschränkt gelten, soweit es sich um die Organisation der Arbeit handelt. Soweit die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung der Kommune betroffen sind, muss die Selbstverwaltung sich der kommunalen Demokratie beugen.

11. Für die sonstigen Betriebe gilt aus meiner Sicht, dass die Genossenschaft so aktuell und so gescheitert ist wie seit eh und je. (Vergl. Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“) Eine Aneignung der gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion durch LohnarbeiterInnen ist nur möglich in Selbstverwaltung. Soweit sich das auf einzelne Beispiele im kapitalistischen Markt beschränkt, sind solche Betriebe früher oder später zum Scheitern verurteilt. (Sei es, dass sie Pleite machen; sei es, dass die Selbstverwaltung dem ökonomischen Sachzwang sich beugen muss. Das war aber immer so! Nicht erst heute!) Nur bei genügender Verbreitung genossenschaftlicher Betriebe besteht überhaupt die Möglichkeit, „nach einem gemeinsamen Plan“ zu wirtschaften! Verstaatlichung ist keine Alternative, weil sie zwar Enteignung bedeutet, aber keine Aneignung möglich macht. Die Perspektive sozialer Revolution steht und fällt mit einem allgemeinen Verlangen nach Aneignung, dass sich in jedem einzelnen Betrieb durchsetzen muss; also eine breite Massenbewegung verlangt. (Ansätze dazu gab es in Argentinien. Auf Zanon zu schauen lohnt sich aber immer noch.)
12. Es wird eine ganze Anzahl, aber vergleichsweise wenige, zentrale Funktionen geben (national wie international), die ohne Delegation – auch von Entscheidungsmacht – kaum funktionieren werden. Die Funktionen festzulegen, ihnen ihre Macht zuzuweisen, wäre aber unbedingt eine Sache der Kommunen. Ich bin weder in der Lage noch willens, dazu etwas aufzuschreiben. Ganz sicher bin ich mir dagegen, dass es keine Renaissance einer „kommunistische Massenbewegung“ geben wird, die irgendwie der Komintern ähnelt. Weder deren Organisationsformen, ihre politische Praxis noch deren „Sozialimusvorstellungen“ eröffnen heute Perspektiven des Handelns, die eine Chance hätten soziale Emanzipation zu realisieren. (Unabhängig davon, ob das wünschenswert wäre.)

Robert Schlosser